

Vorbemerkungen:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 02.10.2019 „Modellregion für das 365-Euro-Ticket“ wurde in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.11.2019 zur weiteren Beratung in die Sitzung des Finanzausschusses und des Ausschusses für Planung und Verkehr verwiesen.

Hierzu wurde in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.11.2019 ausgeführt:

„Abgeleitet aus dem differenzierten „Wiener ÖPNV-Modell“ wurde das „365-Euro-Ticket“ als eine singuläre Maßnahme im Rahmen des Leadcity-Projektes innerhalb des Stadtgebietes von Bonn eingeführt. Nahezu gleichzeitig begann eine intensive, bundesweite Diskussion über die Einführung eines solchen Tickets bzw. über die Einführung eines für die Kunden kostenlosen ÖPNV. Bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Stadt Monheim am Rhein) wurden jedoch keine derartigen tariflichen Maßnahmen beschlossen oder realisiert, da niemand bereit oder in der Lage war, die dann ausbleibenden Fahrgeldeinnahmen auszugleichen.

Im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplanes 2050 wird im Kapitel 3.4.3.2 „Attraktivität des ÖPNV erhöhen“ ausgeführt: „Die Bundesregierung wird zusätzlich 10 Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV unterstützen, zum Beispiel die Einführung von 365 Euro Jahrestickets“ (S. 69).

Auf welcher Grundlage die 10 Modellprojekte ausgewählt werden ist bisher nicht bekannt. Ganz wesentlich wäre z.B. die Frage, ob eine 95%ige Förderung – wie es bei Leadcity Bonn der Fall ist – beabsichtigt ist. Gleichwohl liegt es nahe, dass das bestehende Leadcity-Projekt Bonn hinsichtlich der Tarifgestaltung und somit die Erprobung eines kostengünstigen Jahrestickets, z.B. eines 365-Euro-Tickets auf den Rhein-Sieg-Kreis ausgeweitet werden könnte.

Mit der Einführung eines Modellprojektes wie dem 365-Euro-Ticket im Rhein-Sieg-Kreis wäre eine erneute Angebotsausweitung des ÖPNV erforderlich, damit die zu erwartende Nachfragesteigerung bedient werden kann. Dies bedeutet neben den geringeren Fahrgeldeinnahmen einen deutlich erhöhten finanziellen Betriebsaufwand, der ebenfalls vom Fördergeber zu tragen wäre. Nach Auffassung der Verwaltung ist nach Beendigung eines Modellprojektes die bisherige Praxis, den finanziellen Fehlbedarf über die ÖPNV-Sonderumlage bzw. die Kreisumlage auszugleichen, nicht mehr darstellbar.

Zum Sonderfahrplanwechsel am 28.08.2019 wurde das ÖPNV-Angebot in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis im Rahmen von Leadcity Bonn bereits erheblich ausgeweitet. Die Finanzierung ist nur bis Ende 2020 gewährleistet. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte nach Auffassung der Verwaltung primäres Ziel sein, dieses Angebot durch ein fortgeschriebenes Förderprogramm über Ende 2020 hinaus abzusichern.

Günstige Tarife und eine Ausweitung des ÖPNV-Angebotes leisten einen Beitrag für den Klimaschutz und zur Verkehrswende. Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Bequemlichkeit, Sicherheit und Schnelligkeit der öffentlichen Verkehrsmittel sind bei diesem Ansatz unabdingbar.

Jedoch müssen auch andere Maßnahmen ergriffen werden, um durch ein Maßnahmenbündel eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Hierunter fällt das „Betriebliche Mobilitätsmanagement“, was im Rahmen von Leadcity Bonn ebenfalls bis Ende 2020 gefördert wird. Beim „Betrieblichen Mobilitätsmanagement“ wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn und dem „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ beim VRS das Mobilitätsprogramm für Arbeitgeber in der Region Bonn/Rhein-Sieg „JOBWÄRTS – einfach.besser.pendeln“ initiiert. Auch hier muss auf eine Ausdehnung des Förderzeitraumes hingearbeitet werden.

Am 13.11.2019 wird ein weiteres Abstimmungsgespräch zwischen der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis stattfinden, wo zum einen die bestehenden Leadcitymaßnahmen und zum andern die Chancen auf eine tariflich relevante Ausweitung des bestehenden Modellraumes auf den Rhein-Sieg-Kreis im Rahmen der neuen Förderkulisse besprochen werden.“

Erläuterungen:

Inzwischen hat das o.g. Abstimmungsgespräch unter Einbeziehung des VRS, der SWBV, der RSVG und der RVK stattgefunden und es wurde vereinbart, zusammen mit den anderen 4 Leadcity Modellstädten mit dem Fördergeber in den Dialog zu treten, mit dem Ziel, die bestehende Förderung über das Jahr 2020 fortzusetzen. Zudem wird dabei auch zu erörtern sein, ob eine Ausdehnung eines rabattierten Tickets in der Modellregion Bonn-Rhein-Sieg möglich ist.

Gleichzeitig wurden auch die Gespräche mit dem VRS forciert, um ein neues Modellprojekt für das gesamte Bedienungsgebiet des VRS auf der Grundlage des Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplanes 2050 zu konzipieren. Die Verwaltung schlägt vor, sofern die Geschäftsführung des VRS in die nächste Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 28.01.2020 eingeladen wird (vgl. hierzu TOP 3), auch diesen Sachverhalt mitzubehandeln.

Im Auftrag

(Dr. Tengler)

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 04.12.2019